

**Frieden, Völkerverständigung,
Internationale Solidarität**

 **ARBEITSKREIS**
Geschichte der Jugendhochschule
„Wilhelm Pieck“

Friedensflug nach dem Osten!



Vor 75 Jahren



Auf Einladung des Antifaschistischen Komitees der Sowjetjugend besuchte vom 19. Juli bis zum 05. August 1947 eine Delegation des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Erich Honecker, die Sowjetunion und nahm als Gast an der Sportparade der Völker der Sowjetunion in Moskau teil. Anschließend suchten die Mitglieder der Delegation die Heldenstädte Stalingrad und Leningrad auf.

Es war der erste offizielle Besuch einer Delegation der deutschen Jugend und ihrer im März 1946 gegründeten einheitlichen antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation, der Freien Deutschen Jugend (FDJ) nach der militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus 1945 und dem Ende des fürchterlichsten Krieges in der Geschichte der Menschheit.

Das Antifaschistische Komitee der Sowjetjugend bekräftigte mit der Einladung sein Vertrauen in die deutsche Jugend, die bereit und entschlossen war, ihre Lehren und Schlussfolgerungen aus der verhängnisvollen Geschichte, dem

Leid und den Zerstörungen, die der deutsche Imperialismus im Namen des deutschen Volkes den Völkern Europas, insbesondere den Völkern der Sowjetunion, zugefügt hat, zu ziehen.

In Übereinstimmung mit den Festlegungen des Potsdamer Abkommens forderten die jungen deutschen Antifaschisten:

- die Ausrottung des Nazismus mit seinen Wurzeln,
- die Bestrafung der Kriegsverbrecher,
- den Aufbau eines neuen antifaschistisch-demokratischen Deutschlands,
- die Wiedergutmachung gegenüber den Völkern, und
- nie wieder darf vom deutschen Boden ein Krieg ausgehen.

Mit der Gründung der Freien Deutschen Jugend, hervorgegangen aus den sich nach 1945 in den Kommunen und auf Länderebene vor allem im Osten Deutschlands herausgebildeten antifaschistisch-demokratischen Jugendausschüssen, war eine politische Organisation der Jugend entstanden, deren Anliegen es war, die Jugend zu vereinen, Interessenvertreter und Organisator für die Verwirklichung der Forderungen und Ziele der gesamten deutschen Jugend, unabhängig von ihrer sozialen Stellung und weltanschaulichen Ansichten, zu sein.

Die FDJ war davon überzeugt, dass es vor allem vom Handeln der Jugend abhängen wird, das Vertrauen der Völker in das deutsche Volk und seiner Jugend zurück zu gewinnen und beizutragen, dass das künftige Deutschland wieder einen geachteten Platz in einem friedliebenden und demokratischen Europa einnimmt.

An der Seite der jungen deutschen Antifaschisten standen Jugendoffiziere und Komsomolzen der Roten Armee, die ihnen halfen, die Last, die der Faschismus besonders der Jugend aufgebürdet hatte, abzuwerfen und ihnen den Blick für den Aufbau eines neuen, eines antifaschistisch und demokratischen Deutschlands eröffneten.

Unterstützt von Kommunisten, Sozialdemokraten und antifaschistischen Widerstandskämpfern stellte sich die junge Nachkriegsgeneration im Osten Deutschlands ihrer Verantwortung und Verpflichtung gegenüber den Völkern Europas, insbesondere denen der Sowjetunion. Der FDJ war bewusst, es wird ein langer und schwieriger Weg sein, das Vertrauen und die Achtung der Völker in das deutsche Volk und seine Jugend wieder zu erlangen.

Das enge Zusammenwirken mit der älteren Generation, insbesondere mit den Mitgliedern der im April 1946 gegründeten Sozialistischen Einheitspartei

Deutschlands und anderen aufrechten Demokraten, versetzte die Jugend und die FDJ im Osten Deutschlands in die Lage, aus eigener Kraft, ohne Marshallplanhilfen der USA, den neuen Weg zu beschreiten, ein neues Deutschland mit aufzubauen.

Mit ihrer Haltung und entschlossenem Handeln trugen die Mädchen und Jungen im Osten Deutschlands dazu bei, dass sich unter großen Teilen der Bevölkerung der osteuropäischen Länder, insbesondere der Sowjetunion, wieder vertrauensvolle Beziehungen gegenüber dem deutschen Volke und seiner Jugend herausgebildet und entwickelt haben.

Gegenseitiges Vertrauen und kameradschaftliche Zusammenarbeit nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, bestimmten zunehmend die Beziehungen zwischen den Völkern Osteuropas und den Bürgern des ersten Staates der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden, der DDR.

Junge Angehörige der bewaffneten Organe der DDR leisteten gemeinsam mit den Soldaten der Sowjetarmee und denen der anderen osteuropäischen Ländern über Jahrzehnte einen entscheidenden Beitrag für die Sicherung und Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt.

Über viele Jahre profitierte auch die Bevölkerung der BRD von der Sicherheits- und Friedenspolitik der DDR und dem zuverlässigen Schutz ihrer Grenzen durch die Staaten des Warschauer Vertrages. Den Herrschenden in der BRD und deren Bestrebungen, in der Welt wieder mitzureden, dem wiedererstandenen militärisch-industriellen Komplex international erneut Tür und Tor zu öffnen und an kriegerischen Handlungen gegenüber anderen Völkern teilzuhaben, waren Grenzen gesetzt.

Diese Situation änderte sich schlagartig nach der Einverleibung der DDR in die BRD im Jahre 1990. Die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik waren von nun an bestrebt, ihre Interessen und Ziele auf dem internationalen Parkett ökonomisch, politisch und auch militärisch nicht nur geltend zu machen, sondern auch durchzusetzen.

Die derzeitige Bilanz besagt, dass die Bundeswehr der BRD bisher an über 50 Kampfeinsätzen (Kriegseinsätzen) teilgenommen hat bzw. noch teilnimmt, die den Bundesbürgern bereits Milliarden Euro Steuergelder gekostet haben bzw. weiterhin kosten. Weder die Millionen getöteter friedliebender Menschen, das Elend, die Zerstörungen und das unübersehbare Heer an Flüchtlingen in den Ländern Afrikas, Asiens und Osteuropas noch die Toten, Verletzten oder

traumatisierten Soldaten der Bundeswehr sind Anlass für die Herrschenden der BRD und deren Regierung, ihre menschenfeindliche, den Weltfrieden bedrohende Politik aufzugeben.

Wie im vorangegangenen Jahrhundert wird wieder alles unternommen Russland die Schuld für die den Frieden bedrohende Lage in Europa und in der Welt verantwortlich zu machen, Russland an den Pranger zu stellen. Die von den Regierungen der NATO - Länder provozierten Auseinandersetzungen in Osteuropa sind darauf gerichtet, die russische Regierung herauszufordern, um Russland der Welt als den Aggressor zu präsentieren. In Wirklichkeit geht es den Regierungen der NATO-Länder, vor allem der Regierung der USA, darum, die Situation in Osteuropa so zuzuspitzen, um Anlass für die Auslösung eines Krieg gegen Russland zu bekommen.

Die BRD, Mitglied des NATO-Paktes, unterstützt den friedensbedrohenden Kurs der NATO, deren Aktivitäten und Ziele. Seit Jahrzehnten betreiben die herrschenden Kreise in der BRD und deren Regierungen eine den Interessen und dem Friedenswillen der Mehrheit der Bundesbürger, widersprechende Innen- und Außenpolitik.

War es nicht die Bundesregierung unter Leitung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/ Die Grünen) die mit ihrer Entscheidung im März 1999 über die Beteiligung der Bundeswehr an den Kampfeinsätzen (Kriegseinsätzen) im Kosovo, Deutschland erstmals wieder nach 1945 in einen völkerrechtswidrigen Krieg führte? Hat die damalige Rot-Grüne Bundesregierung mit ihrer Zustimmung über den Einsatz der Bundeswehr zur Zerschlagung der Republik Jugoslawien nicht mit dazu beigetragen, dem Aggressionstrieb der kapitalistischen Staaten, allen voran den der USA, Aufwind gegeben, die Auseinandersetzungen zwischen den Völkern in Europa verschärft und damit die Kräfte des Friedens geschwächt? Wir sind der Auffassung, sie ist mit dafür verantwortlich, dass der Frieden in Europa und in der Welt heute ernsthaft bedroht ist.

Die seit einigen Wochen regierende Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP setzt die den Frieden gefährdende Politik ihrer Vorgängerregierungen, egal in welcher Parteienkoalition, weiter fort.

An großen Reden über Umweltschutz und Klimawandel mangelt es bei den Politikern der derzeitigen Regierung nicht. In Wirklichkeit trägt ihre, im Auftrag des Kapitals organisierte Politik dazu bei, die Existenz- und Lebensbedingungen, den Kulturreichtum von Millionen Menschen zahlreicher Länder, vor allem in Afrika und Asien und nunmehr auch in Osteuropa, zu zerstören.

Abrüstung, Reduzierung der Streitkräfte, Beendigung der Kriegsübungen und Kriegseinsätze, d. h. Maßnahmen einer im Interesse der Völker und deren friedliche Zukunft liegende Politik, wären doch ein wichtiger Beitrag, den fortschreitenden Klimawandel zu stoppen, das Leben auf der Erde zu erhalten, und im Sinne aller Völker menschlicher zu gestalten. Fordern doch Millionen Bürger der BRD die sofortige Einstellung der Rüstungsproduktion und des Rüstungsexports, die Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte, allen voran die Atombombendepots der USA auf deutschem Boden und den Abzug der Bundeswehr aus allen Kriegseinsätzen.

Die Wähler der BRD erwarten von der Bundesregierung eine in ihrem Interesse zu gestaltende Innen- und Außenpolitik. Sie fordern eine Politik sozialer Sicherheit, der Erhaltung des Friedens und das Eintreten für gleichberechtigte Beziehungen zwischen den Völkern und ihren Ländern.

Das Gegenteil ist aber der Fall. In den wenigen Wochen seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte hat die Ampelregierung bereits bis zum Ende des Jahres 2021 Rüstungsexporte in Höhe von 309 Millionen Euro bewilligt. Mit einem Gesamtvolumen von 9,35 Milliarden Euro erreichte der Rüstungsexport der BRD 2021 den absoluten Höchststand eines Jahres. (vgl. Junge Welt, 19.01.2022) Inzwischen hat sich der von der Ampelregierung bewilligte Rüstungsexport auf 2,2 Milliarden Euro erhöht. (Vgl. junge Welt, 01.02.2022). Die BRD ist nunmehr der viertgrößte Rüstungsexporteur in der Welt.

Das ist eine > beachtliche Leistung der Regierung der großen Koalition und nunmehr der Ampelregierung der BRD <. Die Lobbyisten verstehen ihr Handwerk.

Die kürzlich vom Bundestag und Bundesregierung beschlossene Verlängerung der Kriegseinsätze der Bundeswehr in Mali und Irak stehen ebenfalls im Widerspruch zu dem Willen der Mehrheit der Bundesbürger.

Angesichts der friedensbedrohlichen Lage in Europa und in der Welt stellt sich da nicht die Frage: Wer sind die Aggressoren, die bereit sind, die Welt in eine neue, noch verheerendere Katastrophe zu stürzen? Wer hat nach dem Ende des 2. Weltkrieges hunderte bewaffnete Auseinandersetzungen in der Welt provoziert bzw. zahlreiche Kriege vom Zaune gebrochen? Wer unterdrückt heute erneut die Völker in Afrika, Asien und Lateinamerika, die Anfang der 60ziger Jahre des vorigen Jahrhunderts aufgestanden waren, um sich von der jahrhundertlangen Kolonialherrschaft der kapitalistischen Länder zu befreien, ihren eigenen Nationalstaat gründeten und fortan bestrebt waren, eine Gesellschaftsordnung frei von ausländischer Vorherrschaft, Unterdrückung und

Ausbeutung zu errichten? Wer fügt diesen Völkern bereits seit Jahren erneut großes Leid und Elend zu und hält sie mittels des Neokolonialismus wieder in ausländischer Knechtschaft?

Wer steht heute mit seinen hochausgerüsteten Armeen auf fremden Territorium und an wessen Grenzen? Wer bedroht die Sicherheit und den Schutz der Bürger anderer Länder?

Falschmeldungen, im Interesse der Kriegsvorbereitungen, sind uns aus NATO-Kreisen, seit Jahren hinreichend bekannt. Erinnerung sei nur an das Lügenpaket, das der Außenminister der USA 2003 der Welt aufgetischt hat, um den Krieg gegen den Irak zu rechtfertigen.

Wahrheiten dagegen vertragen die Kriegstreiber nicht. Jüngstes Beispiel: die Versetzung des Inspektors der Deutschen Marine, Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach in den Ruhestand. Er hat mit seiner unmissverständlichen Einschätzung als Militär über die wirkliche Lage und den Zustand in der Ukraine, über die Verantwortlichen für den Ukrainekonflikt, sowohl aus politischer wie auch militärischer Sicht, den Behauptungen der Führung des NATO-Paktes widersprochen und diese als Falschmeldung belegt. Mit seinen Einschätzungen hat er dazu beigetragen, die wahren, von der USA-Regierung vorgegebenen und von den NATO-Ländern gebilligten Vorhaben und Kriegsziele, öffentlich gemacht.

Matthias Platzeck, der ehemalige Ministerpräsident von Brandenburg und Parteivorsitzende der SPD, Vorsitzender des Deutsch - Russischen Forums, sagte in einem Phoenix-Gespräch am 21.01.2022, auf die Frage nach der friedensbedrohlichen Gefahr die von der Ukraine ausgeht: "...der Westen trägt große Mitschuld an dem Ukraine-Konflikt."

Ist es nicht an der Zeit, dass die Regierungen der NATO-Länder, insbesondere die der USA, endlich akzeptieren: die Losrennung der Krim von der Ukraine und ihr Anschluss an die Russische Föderation erfolgte in freier Entscheidung der absoluten Mehrheit der Krimbevölkerung mit dem 2014 durchgeführten Referendum.

Eine Entscheidung, die der Bevölkerung der DDR 1990 hinsichtlich ihrer weiteren Entwicklung und Zukunft verwehrt wurde.

Wer will es der Regierung Russlands verdenken, dass sie alles für die Sicherheit ihres Landes und seiner Bürger angesichts der friedensbedrohenden und aggressiven Politik der NATO-Staaten und deren Handlanger unternimmt? Die Völker Russlands erinnern sich noch gut an die Zeit vor 1941, vor allem an das

Verhalten und die Politik der Regierungen westeuropäischer Staaten bezüglich der Machenschaften und Ziele der deutschen Faschisten gegenüber der UdSSR. Haben die Regierungen der NATO-Staaten den Beitrag der Sowjetunion und ihrer Armeen zur Vernichtung der Herrschaft des deutschen Faschismus vergessen? Haben die Politiker dieser Länder die großen Verluste, Millionen Tote und die Zerstörungen, die das russisch Volk zu beklagen hatte, vergessen?

Einen 22. Juni 1941 darf es nicht wieder geben.

Unvergessen bleiben die Schicksale von Millionen Menschen und die von den Faschisten begangenen Verbrechen.

Ein junge Moskauerin, Maria Garkuscha, wurde am 22. Juni 1941 geboren. Am gleichen Tag verlor sie ihren Vater in der Festung Brest am Bug.

Eine junge Berlinerin, Irmgard Bolz, wurde 1933 geboren. Im Jahre 1934 wurde ihr Vater, ein Jungkommunist, im antifaschistischen Widerstandskampf enttarnt, im Zuchthaus Brandenburg arrestiert und 1943 im KZ Buchenwald ermordet.

Solche Schicksale junger Menschen dürfen sich nicht wiederholen.

Die Geschichte hat viele Beispiele unbelehrbarer "Ostlandsritter" parat.

Wenn man heute mit dem Zug von Berlin nach Moskau reist, kommt man am Km 125 vor Moskau am Städtchen Moshaisk an den Schlachtfeldern von Borodino 1812 vorbei. Hier hat der "große" Napoleon seine vernichtende Niederlage erhalten.

Den Faschisten gelang es mit ihrer Armee bis nach Chimki, einem Vorort von Moskau, zu gelangen. Sie freuten sich zu früh, als sie in ihrem Fernrohren bereits die Türme des Kreml erblickten. Es kamen die sibirischen Regimenter und Divisionen. Wintererprobt!

Wenn man heute weiter nach Sibirien in die Taiga am Ob fahren würde, könnte man in jedem sibirischen Dorf über den Hauseingängen holzgeschnitzte rote Sterne erkennen. Sie stehen für die gefallenen Söhne im Großen Vaterländischen Krieg im Winter 1941.

Nicht soweit ist es bis nach Belgorod, einem kleinen Städtchen bei Moskau, bei dem eine der größten Panzerschlachten des 2. Weltkrieges stattgefunden hat. Hier mussten Wanja und Wolodja Trozenko mit ihrer Mutter als Kinder mit ansehen, wie ihr im Partisanenkampf gefangengenommener Vater auf dem Marktplatz vor ihren Augen von der faschistischen Wehrmacht erhängt wurde.

In der Nähe dieses Ortes findet man das Ehrenmal der legendären Komsomolzin Soja Anatoljewna Kosmodemjanskaja, einer jungen Partisanin, an der Stelle, an der sie von SS-Banditen ermordet wurde.

Legendär ist ihr Heldentum und Vermächtnis im Leben der russischen Menschen.

Nichts ist vergessen! Niemand ist vergessen!

Millionen Bürger der ehemaligen DDR wissen den Beitrag der Völker der UdSSR und ihrer Armee zur Zerschlagung des deutschen Faschismus und ihrer Befreiung von der Nazi-Herrschaft sowie die Leistungen der Sowjetunion für die Erhaltung und Sicherung des Friedens nach 1945 zu würdigen.

War doch die DDR über vier Jahrzehnte tagtäglich mit der Politik, den Machenschaften und den Bestrebungen der BRD und des NATO-Pakts an der Grenze zwischen der DDR zur BRD, den Auseinandersetzungen zwischen beiden gesellschaftlichen Systemen und den entgegengesetzten Zielen beider Militärbündnissen konfrontiert. Über 40 Jahre hat die DDR dazu beigetragen, die Aggressoren in die Schranken zu weisen und damit dem Frieden und der Sicherheit in Europa und der Welt über viele Jahre eine sichere Chance gegeben.

Der Besuch der ersten Delegation der FDJ im Jahre 1947 in der Sowjetunion stellte einen bedeutenden Meilenstein für die Herausbildung und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren Völkern, ihrer Jugend und den Jugendorganisationen dar. Er trug wesentlich dazu bei, dass sich über Jahrzehnte hinweg eine vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Länder entwickelte. Zu Recht wurde der Besuch der Delegation der FDJ im Jahre 1947 als "Friedensflug nach dem Osten" bezeichnet.

In der Erklärung der Delegation zum Abschluss ihres Besuches in der Sowjetunion heißt es: "Nicht zuletzt ziehen wir aus unserer Reise die Schlußfolgerung, dass die Jugend der Sowjetunion ihr Land liebt. Sie liebt ihr Land mit allen seinen demokratischen Freiheiten und ungeahnten Aufstiegsmöglichkeiten. Sie achtet aber auch das Vaterland der Jugend anderer Völker. Sie kennt keinen Haß gegen die Jugend Deutschlands. Sie kennt nur Haß gegen den Faschismus, ob er nun in Deutschland oder in anderen Ländern nistet, weil sie im Faschismus eine Gefahr für das Glück und die Zukunft der Jugend sieht. Sie versagt daher auch nicht der fortschrittlichen deutschen Jugend ihre Sympathie. Sie wünscht ihr vollen Erfolg in ihrem Kampf um ein festgefügt, einheitliches und demokratisches Deutschland". (Manuskript, ZA FDJ, A 323)

Die Jugend der DDR mehrerer Generationen hat diese Grundeinstellung der sowjetischen Jugend und der Bürger der UdSSR in all den Jahren des Bestehens der DDR auf vielfältige Art und Weise verspürt.

Tausende Jungen und Mädchen erwarben an Bildungseinrichtungen in der Sowjetunion ihre beruflich Aus- und Weiterbildung. Die Realisierung gemeinsamer Projekte, wie die Mitwirkung am Ausbau der Baikal-Amur-Magistrale (BAM) in der Sowjetunion oder der gemeinsame Bau der Erdgasleitung (Druschba-Trasse) in die DDR, von deren Ergebnissen die BRD heute noch profitiert, sind nur einige Beispiele gemeinsamer erfolgreicher Aufbauarbeit für eine bessere Zukunft.

Unvergessen bleiben die Treffen der Freundschaft der Jugend der DDR und der UdSSR in der Sowjetunion und der DDR sowie die zahlreichen Begegnungen mit Veteranen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sowie Soldaten und Offizieren des Großen Vaterländischen Krieges.

Reisen in die verschiedensten Republiken der Sowjetunion machten es möglich, die Herzlichkeit und Gastfreundschaft der unterschiedlichen Völker der UdSSR kennen und schätzen zu lernen. Das betraf auch die Völker der ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR, die sich heute im Schlepptau der NATO befinden und als Handlanger gegen Russland benutzt werden.

Das gemeinsame Handeln für den Aufbau einer neuen, von Ausbeutung freien Gesellschaftsordnung, deren zuverlässiger Schutz und viele andere Gemeinsamkeiten trugen wesentlich dazu bei, dass die Freundschaft zwischen unseren Völkern für Millionen junge und ältere Bürger der DDR zu einer Herzenssache geworden war.

Auch die Jugendhochschule "Wilhelm Pieck" am Bogensee, deren Gründung und erfolgreiches nationales und internationales Wirken, ist ein Ergebnis freundschaftlicher Zusammenarbeit beider Länder und ihrer Jugendorganisationen.

Zahlreiche Lehrer der Jugendhochschule erhielten ihre Ausbildung an der Hochschule des Komsomol in Moskau oder anderen wissenschaftlichen Bildungseinrichtungen in der UdSSR.

Bereits unmittelbar nach der Gründung der Jugendhochschule im Mai 1946 waren es ebenfalls Jugend- und Kulturoffiziere der Roten Armee, die den jungen Lehrern und den Lehrgangsteilnehmern mit ihren Erfahrungen stets zur Seite standen.

Der Botschafter der UdSSR in der DDR, Wladimir Semjonowitsch Semjonow, so berichteten es die Lehrer und Studenten aus den Anfangsjahren der

Jugendhochschule, besuchte oft mit seiner Familie den Bogensee und war für alle ein aufgeschlossener Gesprächspartner. Ihm und seiner Familie ist es mit zu danken, dass das Interesse der jungen Funktionäre der FDJ nicht nur für das Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin sowie der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiter- und Arbeiterjugendbewegung geweckt wurde, sondern auch für das deutsche Kulturerbe. W.S. Semjonow forderte die jungen Funktionäre der FDJ immer wieder dazu auf, sich das nationale Kulturerbe anzueignen, es zu pflegen und in die Arbeit des Verbandes aufzunehmen. Das gemeinsame Singen deutscher und russischer Volkslieder stand bei jeden seiner Besuche stets mit auf dem Programm.

Wie die Luft zum Atmen machten sich z. B. die jungen Funktionäre und hundertausende Mitglieder der FDJ mehrerer Generationen mit dem Geist einer neuen sozialistischen Literatur im Kampf für den Aufbau einer neuen friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Gesellschaft vertraut. Bücher wie: Maxim Gorki "Die Mutter"; Michail Alexandrowitsch Scholochow " Der Stille Don"; Anton Semjonowitsch Makarenko "Der Weg ins Leben" u.a. trugen zur Formung ihrer Persönlichkeit bei.

Besonders die persönliche Lebensgeschichte von Nikolai Alexejewitsch Ostrowski in seinem Buch: "Wie der Stahl gehärtet wurde", wurde zu einem Bestseller der Jugend. Das Lebensmotiv des Helden dieses Buches, des jungen ukrainischen Komsomolzen, Pawel Kotschargin, wurde zum Lebenssinn von tausenden junger Mitglieder und Funktionäre der FDJ.

Zitat:" Das Schönste was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben, und leben soll er so, dass er im Sterben sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft habe ich dem Herrlichsten auf der Welt - dem Kampf für die Befreiung der Menschheit gewidmet."

In all den Jahren der Tätigkeit der Jugendhochschule fanden regelmäßig Treffen mit Komsomolzen der Sowjetarmee statt. Gemeinsame Beratungen und Konferenzen mit Vertretern des Lehrkörpers der Hochschule des Komsomol und der anderen Jugendschulen der sozialistischen Länder zu Fragen der Bildungs-und Erziehungsarbeit, der Jugendarbeit in den Verbänden, fanden in regelmäßigen Abständen statt. Nationale und internationale Höhepunkte wurden gemeinsam gestaltet, vorbereitet und gewürdigt.

Die Jugendhochschule trug durch ihre Tätigkeit mit dazu bei, dass sich bei vielen unserer ausländischen Studenten ihr Blick für die Sowjetunion und deren

internationale Bedeutung weiter ausgeprägt hat. Für viele ausländische Freunde waren die Treffen und zahlreichen Veranstaltungen erstmalige Begegnungen mit Bürgern des Landes der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Die gegenwärtige Lage in Europa und in der Welt ist ernst und drängt zum Handeln.

Die heranwachsenden Generationen junger deutscher Bürger stehen vor allem in der historischen Pflicht, den Frieden zu erhalten und gute freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern, insbesondere zwischen Deutschland und Russland für ewig zu behüten.

Die Mehrheit der Bürger der BRD erwartet von der Bundesregierung:

- dass sie die bisherige Politik der BRD gegenüber Russland korrigiert, eine freundschaftliche Zusammenarbeit beider Völker pflegt und Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil beider Länder anstrebt.
- dass sie die Drohungen und Sanktionen gegenüber Russland einstellt, die Bundeswehrsoldaten aus Litauen abzieht und dem Sender RT Deutsch umgehend die Sendeerlaubnis wieder erteilt,
- dass sie ihre derzeitige Präsidentschaft der G7- Staaten nutzt, Russland wieder mit einbezieht und Einfluss darauf nimmt, dass alle Länder der G7- Gruppe künftig freundschaftliche und gleichberechtigte Beziehungen mit und gegenüber Russland unterhalten.

Die Medien sind aufgefordert, eine objektive, der Wahrheit entsprechende und sachliche Berichterstattung sicherzustellen.

Die Geschichte lehrt uns: Frieden und Sicherheit in Europa und in der Welt ist nur mit und nicht gegen Russland möglich.

Unternehmen wir alles, damit dem " Friedensflug nach dem Osten" vor 75 Jahren unendlich viel weitere solcher Flüge Richtung Osten möglich sind. Millionen friedliebende Bundesbürger, vereint in der Friedensbewegung der BRD, sind bereit, dazu ihren Beitrag zu leisten.

Die Erfahrungen der DDR, ihrer Bürger und die der FDJ in der internationalen Zusammenarbeit der Völker, insbesondere mit dem russischen Volk, könnten dabei von großem Nutzen sein.